

Script des Videos:

„Die PCK-Raffinerie in Schwedt – Wie die Regierung eine ganze Region opfert und die USA uns erpressen“

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,

was ich Ihnen heute erzähle, ist die Geschichte eines politischen Versagens – und einer Erpressung. Die Geschichte der PCK-Raffinerie in Schwedt.

Eines Unternehmens, das seit über 60 Jahren zuverlässig dafür sorgt, dass in Berlin, Brandenburg und großen Teilen Ostdeutschlands die Autos fahren, die Häuser warm sind und die Flugzeuge in der Luft bleiben.

Und es ist die Geschichte davon, wie eine ideologisch verblendete Energie- und Außenpolitik diese Raffinerie an den Rand des Ruins getrieben hat.

Sowohl die Ampel als auch die Schwarz-Rote Bundesregierung haben – so viel sei schon verraten - meist lieber Propaganda-Märchen erzählt und ihre Doppelmoral zur Schau gestellt, als den Menschen in der Uckermark und den Beschäftigten der PCK zuzuhören, die sich eine langfristige Perspektive der Region Schwedt wünschen.

Und schließlich ist es eine Geschichte davon, was aus landespolitischer Sicht im Interesse Brandenburgs ist und was wir im Landtag oder was die Landesregierung tun könnten, wenn der politische Wille vorhanden wäre.

Im Januar 2026 hatte die BSW-Fraktion einen Antrag¹ in den Landtag eingebracht, der an die wirklichen Ursachen der Probleme der PCK-Raffinerie rangehen wollte. Leider wurde er abgelehnt. Dieses Video soll die in diesem Antrag aufgeführten Aspekte verständlich machen und in den politischen Kontext einordnen.

WAS IST DIE PCK UND WARUM IST SIE SO WICHTIG?

Die PCK-Raffinerie in Schwedt ist eine der größten Rohölverarbeitungsanlagen in ganz Deutschland. 11,5 Millionen Tonnen Rohöl können hier jährlich verarbeitet werden. Daraus entstehen Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl und viele weitere Produkte.

Neun von zehn Autos in Berlin und Brandenburg fahren mit Kraftstoff aus Schwedt. 95 Prozent der Kraftstoffversorgung der Hauptstadtregion hängen an dieser einen Raffinerie. Rund zehn Prozent der gesamtdeutschen Kraftstoffproduktion kommen von hier.²

Und es geht nicht nur um Sprit. Es geht um 1.200 direkte Arbeitsplätze in der Raffinerie – und nochmal rund 2.000 weitere bei den über 80 Unternehmen, die auf dem Raffineriegelände angesiedelt sind. Die PCK ist der wirtschaftliche Anker einer ganzen Region.³ Bürgermeisterin Annekathrin Hoppe hat es auf den Punkt gebracht. Sie sagte: „Die Raffinerie ist der Grund, warum es diese Stadt überhaupt gibt.“⁴

¹ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w8/drs/ab_2300/2301.pdf

² <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/versorgungssicherheit-umruetzung-treuhand-enteignung-was-auf-die-raffinerie-in-schwedt-zukommen-koennte/28287254.html>

³ <https://finanzmarktwelt.de/politik-und-die-realitaet-die-raffinerie-in-schwedt-und-der-plan-sich-von-russischem-oel-zu-loesen-232589>

⁴ <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/us-bericht-russisches-oel-oder-job-krise-schwedt-im-fokus-li.2338659>

DIE CHRONOLOGIE DES FREIWILLIGEN ÖL-EMBARGOS

Jahrzehntlang wurde die PCK über die Druschba-Pipeline versorgt. „Druschba“ bedeutet auf Russisch – wie jeder, der in der DDR die Schule besucht hat, weiß – „Freundschaft“.

Rund 5.000 Kilometer lang, vom westsibirischen Ural über Weißrussland und Polen direkt nach Schwedt. Zusammen mit der PCK Raffinerie bildet diese Pipeline ein zuverlässiges, günstiges und bewährtes technisches Gesamtsystem.

Dann kam der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 – ein völkerrechtswidriger Krieg, den wir als BSW-Fraktion klar verurteilen. Die EU verhängte daraufhin umfassende und schrittweise verschärfte Sanktionen, darunter im Juni 2022 ein Embargo auf russisches Öl, das per Schiff transportiert wird.

Aber – und das ist der entscheidende Punkt – die EU nahm Pipeline-Öl ausdrücklich aus. Ungarn, die Slowakei und Tschechien machten von dieser Ausnahme Gebrauch. Deutschland hätte sie ebenfalls nutzen können.⁵ Doch was tat die Bundesregierung unter dem damaligen Wirtschaftsminister Habeck? Sie verzichtete freiwillig. Deutschland schritt sich selbst von der günstigen und verlässlichen Versorgung ab. Ab Januar 2023 sollte kein Tropfen russisches Öl mehr durch die Pipeline nach Schwedt fließen. Kanzler Scholz gab in Brüssel eine sogenannte „Protokollerklärung“ ab – und damit war das Schicksal der PCK besiegelt.⁶

Habeck verkündete im Frühjahr 2022 noch vollmundig, dass man die Rohöllieferungen für Schwedt in wenigen Tagen ersetzen könne. Das war entweder eine bewusste Lüge oder grenzenlose Ahnungslosigkeit.⁷

Denn was folgte, war das Gegenteil: Die Auslastung der Raffinerie brach auf etwa 50 Prozent ein – die absolute Untergrenze des technisch Machbaren. Zwei Jahre später liegt sie bei rund 80 Prozent. Aber das reicht bei Weitem nicht. Die PCK schreibt – so der Betriebsratsvorsitzende Danny Ruthenburg – „rote Zahlen in Millionenhöhe“.⁸

Die neueste Entwicklung ist folgende: Die EU, die mit viel Tamtam und Selbstbeweihräucherung beschlossen hatte, zukünftig Öl-Importe aus Russland zu verbieten, hat das vor Kurzem still und leise von der Tagesordnung gestrichen.⁹ Der Grund? Der völkerrechtswidrige Krieg der USA und Israels gegen den Iran hat die Energiepreise explodieren lassen.

Sogar Washington lockert nun seine eigenen Sanktionen auf russisches Öl, um die Märkte zu beruhigen. Dieselben Sanktionen, die dazu beigetragen haben, die PCK Schwedt in die Krise zu treiben. Wladimir Putin bietet derweil Öl- und Gaslieferungen an Europa an.¹⁰

ALLE WOLLEN ZURÜCK ZUM RUSSISCHEN ÖL

Und nun fragen Sie sich vielleicht: Gibt es denn niemanden, der dagegen aufsteht? Doch. Tatsächlich fordern fast alle Beteiligten vor Ort ein Ende des Embargos russischen Öls.

⁵ <https://www.zeit.de/politik/2022-05/eu-sanktionen-russland-eu-oel-embargo>

⁶ <https://www.welt.de/regionales/berlin/article239147343/Bund-Keine-Ausnahme-fuer-PCK-in-Schwedt-bei-Oel-Embargo.html>

⁷ <https://www.sueddeutsche.de/politik/habeck-oelembargo-russland-1.5573187>

⁸ <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/03/uckermark-schwedt-pck-rote-zahlen-millionenhoehoe-embargo-rohoel.html>

⁹ <https://www.euronews.com/my-europe/2026/03/24/eu-delays-proposal-to-ban-russian-oil-amid-iran-war-price-spikes-and-druzha-row>

¹⁰ <https://www.aljazeera.com/news/2026/3/9/putin-says-russia-can-supply-oil-gas-to-europe-amid-global-energy-crisis>

Die Schwedter Bürgermeisterin Annekathrin Hoppe, eine SPD-Politikerin, sagt deutlich: Die Menschen in Schwedt könnten dieses Embargo nicht nachvollziehen. Man habe nie eine wirkliche Begründung erhalten, außer die Erzählung, man wolle Russlands Kriegskasse leeren.¹¹ Zu der Frage, ob diese Begründung tragfähig ist, dazu komme ich gleich.

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Koeppen, der den Wahlkreis direkt vertreten hat, forderte seit Beginn die Aufhebung des nationalen Alleingangs. Er sagte: „Wenn wir anderen helfen wollen, können wir uns nicht selbst schaden.“¹² Der Vorsitzende der Schwedter Stadtverordnetenversammlung, Hans-Joachim Höppner, ebenfalls CDU, unterstützt diese Forderung.

Und der Betriebsratsvorsitzende Danny Ruthenburg warnt: „Die Jobs sind absolut nicht sicher. Wenn es so bleibt wie aktuell, reden wir über eine starke Personalreduzierung“¹³ – bis zu 400 Stellen direkt, und in der Region drei- bis viermal so viele. Sie alle sind sich also einig: Nur russisches Öl über die Druschba-Pipeline sichert die PCK-Raffinerie dauerhaft; ohne ständige Zitterpartien und Erpressungen. Und dazu müssen die Sanktionen fallen.

Während unserer Regierungszeit haben wir uns für den Erhalt der PCK eingesetzt und die schädlichen Folgen der Sanktionen im Koalitionsvertrag klar benannt. Leider hat unserem Koalitionspartner SPD dann doch der Mut gefehlt, sich mit uns in letzter Konsequenz für die Interessen der PCK einzusetzen und die wirklichen Ursachen der Probleme dort anzugehen.

Im neuen Koalitionsvertrag kündigen SPD und CDU nur noch an, den Erhalt der PCK „begleiten“ zu wollen – und die Sanktionen spielen überhaupt keine Rolle mehr.

DIE ABSURDEN ALTERNATIVEN

Die Brandenburger Landesregierung ist jetzt also auf den aberwitzigen Kurs der letzten und aktuellen Bundesregierung eingeschwenkt – und hält unbeirrt an den Sanktionen fest. Und das, obwohl die Sanktionen vor allem Deutschland schaden und ihre proklamierten politischen Ziele verfehlt haben. Darauf werde ich später noch genauer eingehen.

Stattdessen versuchen die Bundesregierung und die Medien uns seit drei Jahren „Alternativen“ zu verkaufen, die kompliziert oder teuer oder absurd sind.

Die Pipeline von Rostock: Für 400 Millionen Euro öffentlicher Gelder soll die alte Pipeline von Rostock nach Schwedt ertüchtigt werden.¹⁴ Der Förderantrag liegt seit Juni 2023 bei der EU – und wurde bis heute nicht beschieden. Und diese Verzögerung ist politisch konstruiert.

Das EU-Beihilferecht steht hier einer schnellen Entscheidung im Weg. Es muss geprüft werden, ob diese Förderung den Wettbewerb verzerrt, weil sie explizit der PCK zugutekommen würde. Auch der European Green Deal, der den Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorsieht, erschwert eine positive Entscheidung – schließlich handelt es sich hier um Infrastruktur für fossile Energie.

Doch selbst wenn der Förderantrag genehmigt würde: Das Öl, das über Rostock angeliefert wird, kommt aus aller Herren Länder, zu Weltmarktpreisen, in ständig wechselnden

¹¹ <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/02/pck-raffinerie-schwedt-oel-embargo-forderungen.html>

¹² <https://www.cdu-wustermark.de/news/trans/134884/Versorgungssicherheit-garantieren--Raffineriestandort-Schwedt-sichern.html>

¹³ <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/03/uckermark-schwedt-pck-rote-zahlen-millionenhoehe-embargo-rohoel.html>

¹⁴ <https://www.berliner-zeitung.de/news/oel-pipeline-aus-schwedt-brandenburg-macht-druck-bei-eu-kommission-li.2360179>

Qualitäten. Die Bürgermeisterin von Schwedt spricht es deutlich aus. Ich zitiere: „Die Beschaffung von Öl über den Hafen Rostock ist zu teuer. Außerdem kommen zu viele verschiedene Rohöle in Schwedt an, was zu erschwerten Verarbeitungsbedingungen führt.“¹⁵

Kasachisches Öl: Ja, Kasachstan liefert aktuell rund 120.000 Tonnen pro Monat über die Druschba-Pipeline. Das ist gut, denn es hat die PCK-Raffinerie am Leben gehalten und die Arbeitsplätze erhalten. Diese Lieferungen laufen aber natürlich durch Russland und die Ukraine.

Im August 2025 griff die Ukraine die Pumpstation Unetscha im russischen Gebiet Brjansk an und beschädigte die Pipeline. Die Lieferungen waren zeitweise unterbrochen. Und absurd daran ist auch: Russland verdient dadurch an Durchleitungsgebühren.¹⁶ Wir dürfen also kein russisches Öl mehr importieren, weil Russland daran verdienen würde, obwohl das die beste, bewährteste und sicherste Lösung für die PCK wäre. Aber wenn Russland bei der Durchleitung von kasachischem Öl verdient, ist das plötzlich wieder egal? Diesen absurden Irrsinn kann man wirklich keinem erklären.

DIE TREUHANDSCHAFT

Parallel zur Embargo-Entscheidung stellte die Bundesregierung im September 2022 die deutschen Tochtergesellschaften des russischen Ölkonzerns Rosneft unter Treuhandverwaltung. Die Bundesnetzagentur kontrolliert seitdem die Rosneft-Anteile an der PCK – das sind 54 Prozent.

Diese Treuhandschaft wurde seitdem alle sechs Monate verlängert. Das Ganze ist rechtlich ziemlich unsicher. Zwar erteilte die EU-Kommission Ende Februar 2026 der Bundesregierung nach einer wettbewerbsrechtlichen Prüfung die Erlaubnis, die befristete Treuhandschaft in eine dauerhafte umzuwandeln. Die Bundesregierung hatte diese unbefristete Treuhandschaft durch eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes angestrebt.

Damit steigt zwar die Wahrscheinlichkeit, dass die PCK weiterhin von US-Sanktionen, auf die ich gleich zu sprechen komme, ausgenommen wird. Eine Garantie ist das aber nicht. Zudem bleiben weitere rechtliche Fragen offen.¹⁷

Das bedeutet: Die Bundesregierung hat seit Jahren de facto die Kontrolle über die Raffinerie, aber sie nutzt diese Kontrolle nicht, um den Standort zu sichern. Im Gegenteil: Sie verwaltet den Niedergang.

Das Wirtschaftsministerium spricht davon, dass ein „Verkauf von Rosneft Deutschland aktiv betrieben“ werde. Und damit nähern wir uns dem eigentlichen Thema der Geschichte: Denn es stellt sich die Frage: Wer soll hier eigentlich kaufen? Und in wessen Interesse?

¹⁵ <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/unsicherheit-bei-pck-raffinerie-schwedts-buergermeisterin-befurwortet-ol-aus-russland-13422772.html>

¹⁶ <https://www.deutschlandfunk.de/russland-pumpt-oel-aus-kasachstan-nach-schwedt-102.html>

¹⁷ <https://www.berliner-zeitung.de/news/rosneft-deutschland-bundesnetzagentur-wird-dauerhafte-treuhaenderin-li.10021694>

DIE US-SANKTIONEN: WARUM JETZT?

Am 22. Oktober 2025 setzten die USA – genauer: das Office of Foreign Assets Control – die beiden russischen Ölkonzerne Rosneft und Lukoil auf die sogenannte SDN-Liste. Das sind sogenannte „Full Blocking Sanctions“: Sämtliche Vermögenswerte unter US-Jurisdiktion werden eingefroren. Personen und Unternehmen aus den USA ist jede Geschäftsbeziehung mit gelisteten Unternehmen oder Personen verboten.

Und über sogenannte Sekundärsanktionen wird auch Drittstaaten gedroht. Wer weiter mit Rosneft oder Lukoil Geschäfte macht, riskiert, vom US-Finanzsystem abgeschnitten zu werden.¹⁸ Die Rechtsgrundlage ist die Executive Order 14024 aus dem Jahr 2021, die sich gegen den russischen Energiesektor richtete und die in den letzten Jahren mehrfach verschärft wurde. Zuletzt im Oktober 2025 durch die Listung von Rosneft und Lukoil. Die Wind-down-Frist – also die Zeit, in der bestehende Geschäfte noch abgewickelt werden durften – betrug gerade einmal 30 Tage, bis zum 21. November 2025. Jetzt stellen Sie sich aber bitte einmal die folgende Frage: **Warum erfolgte die Listung von Rosneft und Lukoil eigentlich erst im Oktober 2025?**

Der Ukraine-Krieg, mit dem die EU ihre Russland-Sanktionen begründet, tobt immerhin seit Februar 2022. Die Trump-Regierung, die diese Sanktionen nun verhängte, war zu diesem Zeitpunkt bereits in Friedensverhandlungen mit Russland. Man redet einerseits über Frieden – und verhängt andererseits die schärfsten Sanktionen, die es je gegen russische Ölkonzerne gab? Welchen Sinn ergibt das?

Das ergibt nur dann Sinn, wenn man versteht, dass es bei den US-Sanktionen nie darum ging, den Krieg zu beenden. Sondern darum, vollendete Tatsachen zu schaffen. Russische Akteure sollen dauerhaft aus dem Markt gedrängt werden – und zwar nicht, um Europa zu helfen, sondern um amerikanischen Firmen und Investoren Platz zu machen.

Und diese Sanktionen sind völkerrechtlich hochproblematisch. Es handelt sich um unilaterale US-Maßnahmen, die extraterritorial wirken – also in Staaten durchgesetzt werden, die gar nicht der US-Rechtsprechung unterliegen. Es gibt keine zeitliche Konditionalität, keine klare Aufhebungsbedingung, keinen Zusammenhang mit konkretem Verhalten.

De facto handelt es sich um ein Instrument wirtschaftlicher Erpressung, das Drittstaaten zwingt, US-amerikanische Außenpolitik mitzumachen – oder eben bestraft zu werden.

WAS WOLLEN DIE USA WIRKLICH?

Wenn man sich anschaut, was seit den Sanktionen passiert, erkennt man ein klares Muster. US-Konzerne übernehmen überall dort, wo russische Firmen zum Rückzug gezwungen werden:

Erstes Beispiel: Die US-Unternehmen Chevron und Quantum Energy Partners bereiten gerade ein gemeinsames Gebot für das gesamte internationale Portfolio von Lukoil vor: Ölförderanlagen, Raffinerien, über 2.000 Tankstellen in Europa, Asien und dem Nahen Osten. Geschätzter Wert: 22 Milliarden US-Dollar. Washington gibt die Verhandlungen frei – Präsident Trump hat faktisch ein Vetorecht.¹⁹

¹⁸ <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sb0290>

¹⁹ <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/20342574-gesamtwert-22-milliarden-usd-gebot-russischen-riesen-geplant-us-firmen-greifen>

Zweites Beispiel: In Serbien betreibt der Ölkonzern NIS – an dem Gazprom und Gazprom Neft 56 Prozent halten²⁰ – die einzige Raffinerie des Landes, die Serbiens Kraftstoffmarkt zu rund 80% versorgt. Nach den US-Sanktionen konnte NIS nur durch eine befristete Lizenz des US-amerikanischen Office of Foreign Asset Control den Betrieb aufrechterhalten. Aber unter der Bedingung, dass Gazprom Neft seine Anteile bis März 2026 verkauft.²¹ Und auch dieser Käufer muss von Washington genehmigt werden. Die US-Sanktionsbehörde entscheidet also über Eigentumsstrukturen zentraler Energieunternehmen in Europa.

Drittes Beispiel: In Bulgarien hat der Staat sogar die Kontrolle über die Lukoil-Raffinerie und das Tankstellennetz übernommen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Lukoil wird zum Verkauf gezwungen.²²

Viertes Beispiel: Und damit jetzt zu Deutschland: Am 16. Januar 2026 hat das US-Unternehmen Sunoco LP die Übernahme des größten deutschen Tanklagerbetreibers TanQuid abgeschlossen. Damit kontrolliert Sunoco rund ein Fünftel aller deutschen Tanklagerkapazitäten und über tausend Kilometer strategisch wichtiger Pipelines.

Sunoco gehört dem US-Milliardär Kelcy Warren – einem engen Vertrauten und Großspender Donald Trumps. Das Wirtschaftsministerium von Frau Reiche hat diesen Deal „unter Auflagen“ genehmigt. Die EU hat geschwiegen.²³

Und parallel dazu: Der Anteil US-amerikanischen Flüssiggases an den LNG-Importen der EU ist seit 2021 von rund 24 Prozent auf knapp 60 Prozent gestiegen. 2024 erreichte der Importwert von US-LNG nach Eurostat-Angaben 24,2 Milliarden Euro.

Selbst die EU-Energiekommissarin Teresa Ribera warnt vor einer erheblich steigenden Abhängigkeit.²⁴ Es ist also gar kein Geheimnis, was hier passiert: Wir tauschen im Ergebnis eine verlässliche, günstige Energieversorgung aus Russland gegen eine Abhängigkeit von den USA, die teurer und unsicherer ist. Und die USA sichern sich dabei systematisch die Kontrolle über Europas Energie-Arterien – über Terminals, Pipelines, Raffinerien und Eigentumsstrukturen.

US-Außenminister Marco Rubio betonte erst kürzlich Mitte Februar dieses Jahres bei einem Besuch in Bratislava, die USA wollten keine „Vasallen“. Aber faktisch entsteht genau das: ein System, in dem Washington an allen Schnittstellen mitentscheidet und somit die Souveränität seiner europäischen Verbündeten aushöhlt.

Die USA selbst kaufen übrigens derweil weiter Uran und angereicherte Brennstoffe aus Russland. 2022 und 2023 kamen jeweils 12 Prozent der US-Uranlieferungen aus Russland. Beim angereicherten Uran lag der Anteil sogar bei rund einem Viertel des US-Bedarfs.

Heuchelei ist noch ein freundliches Wort dafür.²⁵

²⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/serbien-russland-sanktionen-usa-100.html>

²¹ <https://www.viennaoffices.at/de/News-Room/City-News/Erdoelraffinerie-NIS-in-Serbien-wieder-in-Betrieb>

²² <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-11-14/bulgaria-seizes-refinery-before-us-sanctions-hit-russia-s-lukoil>

²³ <https://www.zdfheute.de/wirtschaft/oellager-deutschland-tanquid-trump-usa-kontrolle-warren-100.html>

²⁴ <https://www.reuters.com/sustainability/climate-energy/eus-ribera-warns-increasing-dependence-us-ling-2026-01-28/>

²⁵ <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/uran-aus-russland-so-umgehen-die-usa-westliche-sanktionen/>

DAS MÄRCHEN VON DER „KRIEGSKASSE“

Aber, so werden manche einwenden: Die Sanktionen sollen doch Russlands Kriegskasse leeren! Wenn wir kein russisches Öl mehr kaufen, hat Putin kein Geld für seine Armee. Denn das ist ja die Erzählung, die uns seit drei Jahren aufgetischt wird.

Nur: Sie ist ein Märchen. Russland finanziert seinen Krieg gar nicht über Devisen – also ausländische Währungen. Die Soldaten, die Fabriken, die Rüstungsindustrie – all das wird in Rubel, der russischen Währung, bezahlt.²⁶

Russland druckt Rubel, besteuert seine Wirtschaft in Rubel und finanziert den Staatshaushalt in Rubel. Die Deviseneinnahmen aus dem Öl- oder Gasverkauf sind also gar nicht die Quelle der Kriegsfinanzierung.

Was die Sanktionen tatsächlich bewirkt haben, zeigen die Fakten: Trotz der mittlerweile neunzehn Sanktionspakete der EU²⁷ hat sich der Kriegsverlauf in der Ukraine nicht wesentlich verändert. Russland hat seine Exporte nach Asien umgelenkt, verkauft an China und Indien, und hat sich wirtschaftlich weitgehend stabilisiert.

Selbst westliche Think Tanks wie Carnegie sagen, dass die Sanktionen lediglich „eine Delle“ machen, aber eben keine Haushalts- oder Wirtschaftskrise erzeugen.²⁸ Tatsächlich hat sich die russische Wirtschaft als weitaus robuster erwiesen, als es die EU, die Bundesregierung und die meisten westlichen, regierungsnahen Wirtschaftsexperten vorausgesagt haben.

Die Sanktionen haben die russische Wirtschaft nicht „ruiniert“ – wie es sich die ehemalige Außenministerin Baerbock wünschte. Vielmehr haben sie Russland unter anderem dazu bewegt, wieder eigenständiger zu werden, stärker auf inländische Produktion zu setzen und seine Handelsbeziehungen mit BRICS-Staaten und Ländern des globalen Südens auszubauen.²⁹

Dennoch zeigt ein nüchterner Blick: Diese Entwicklung hat schon auch ihren Preis. Sinkende Exporterlöse, eine wachsende Abhängigkeit von China und steigende Inflation setzen die Wirtschaft unter Druck und relativieren die zuletzt gestiegenen Reallöhne in Russland.

Auch der scheinbar robuste Arbeitsmarkt ist nur bedingt Ausdruck wirtschaftlicher Stärke. Er hängt wesentlich damit zusammen, dass Millionen Männer im Militärdienst gebunden sind. Russland hat sich also angepasst, aber nicht ohne einige strukturelle Schwächen zu verschärfen.

Nach einem ersten Einbruch wuchs die russische Wirtschaft 2024 zwar um 4,3 %. Für die kommenden Jahre werden jedoch nur noch geringe Wachstumsraten erwartet. Allerdings weiterhin höhere, als es die Prognosen für Deutschland vorhersagen. Die Sanktionen haben also Russland nicht in die Knie gezwungen, sondern zu einer durchaus kostspieligen Neuorientierung gezwungen.³⁰

Wen haben die Sanktionen nun also wirklich getroffen? Uns. Die Europäer insgesamt. Und uns, die Deutschen. In Form von explodierenden Energiepreisen, Inflation, Deindustrialisierung, wirtschaftlicher Rezession und Stagnation.

²⁶ <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/kein-gas-ist-keine-loesung-5789>

²⁷ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eu-sanktionen-2250316>

²⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14568/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-russland/>

²⁹ <https://www.tagesschau.de/ausland/brics-gipfel-guterres-100.html>

³⁰ <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6006242>

Ende März 2026 veröffentlichte das Landesamt für Statistik die Brandenburger Wirtschaftsdaten für 2025. Demnach ist unsere Wirtschaft im letzten Jahr um 0,2 Prozent gesunken. Grund hierfür sind die großen Probleme bei unseren Industriebetrieben.³¹

Beim produzierenden und verarbeitenden Gewerbe – also unser Industrie – ist die Wirtschaftsleistung zwischen 4 und fast 6 Prozent in einem Jahr gesunken. Das ist viel und ein sehr ernstes Anzeichen einer tiefen Krise. Diese Krise ist mit einer schwachen Binnenkonjunktur verbunden und insbesondere auf die hohen Energiepreisen in Deutschland zurückzuführen.

Energiepreise, die maßgeblich wegen der Sanktionen gegen Russland in die Höhe geschossen sind. Und die womöglich noch weiter steigen werden wegen des US-amerikanischen und israelischen Krieges gegen den Iran.

Die Sanktionen treffen die PCK-Raffinerie in Schwedt hart. Ein Betrieb, der jahrzehntelang einwandfrei funktioniert hat, steckt deswegen in einer existenziellen Krise. Die Erzählung, dass wir mit dem Bezug russischen Öls Putins Kriegskasse füllen, war von Anfang an eine Art moralische Falle, damit wir in Deutschland bereit sind, Opfer zu bringen. Beispielsweise in Form von viel teurerer Energie. Opfer, die den Krieg nicht verkürzt, Russland nicht in die Knie gezwungen, aber unsere eigene Wirtschaft massiv beschädigt haben. Diese Strategie ist gescheitert – und sie konnte von Beginn an nicht funktionieren.

WARUM US-INVESTOREN KEINE LÖSUNG SIND

Wenn man das alles weiß. Wenn man die wahren Motive hinter den US-Sanktionen, die systematische Übernahme europäischer Energieinfrastruktur durch amerikanische Konzerne, die wachsende Abhängigkeit kennt. Dann muss man eines klar feststellen: Eine Übernahme der PCK Schwedt durch US-Investoren wäre keine Lösung. Sie wäre eine Verschärfung des Problems.

Wir würden eine kritische Infrastruktur, die 95 Prozent unserer Kraftstoffversorgung sichert, in die Hände von Akteuren legen, die uns jederzeit erpressen können. Es sind Akteure, die ihre eigene Sanktionspolitik nutzen, um anderen Ländern vorzuschreiben, von wem sie Energie kaufen dürfen und von wem nicht.

Friedrich Merz redete auf der Münchner Sicherheitskonferenz von mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA.³² Aber hinter den Kulissen passiert genau das Gegenteil. Wir werden immer erpressbarer. Wir liefern uns den Amerikanern auf Gedeih und Verderb aus. Die USA nutzen das auch schamlos aus.

Erst vor kurzem hat Präsident Donald Trump der EU mit einem LNG-Lieferstopp gedroht, sollte die Europäische Union den sogenannten Turnberry-Deal, der viele Vorteile und Privilegien für die USA im Bereich Zölle, Energie und Agrarprodukten mit sich bringt, nicht durchwinken.³³

Und wie es sich für treue Vasallen gehört, haben die Fraktionen von Sozialdemokraten und CDU im Europäischen Parlament – trotz offener Fragen und harter Kritik – den Deal mit ein

³¹ https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/3edd2e9c5a482a88/50f6e687ce97/2026_03_26_PK_AfS_Wirtschaft_Berlin_Brandenburg_2025.pdf

³² https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_101128312/msc-merz-betont-europas-eigenstaendigkeit-gegenueber-trump.html

³³ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/usa-eu-ling-lieferstopp-abkommen-li.10026422>

paar Alibi-Auflagen durchgewunken. Auch ein Großteil der deutschen Grünen-Abgeordneten haben zugestimmt, während sich die Fraktion der AfD im europäischen Parlament lediglich enthalten hat. Die Abgeordneten des BSW im Europaparlament haben geschlossen dagegen gestimmt – darauf sind wir stolz.^{34 35}

Und ich sage Ihnen: Die Sowjetunion und dann Russland – von denen Deutschland seit den 1970er Jahren verlässlich und vergleichsweise günstig Öl und Gas bezog – haben Deutschland noch nie so erpresst und ausgenommen, wie es die Amerikaner in den letzten Jahren tun und offenbar auch für die Zukunft vorhaben.

WIE JETZT WEITER? UNSER VORSCHLAG

Was also ist unser Weg? Was schlägt die Brandenburger BSW-Fraktion für die PCK Schwedt vor?

Erstens: Gütliche Einigung mit Rosneft.

Und ich betone: gütlich. Wir wollen keinen Enteignungskurs, wie ihn andere Parteien fordern. Warum nicht? Weil wir russisches Öl wieder beziehen wollen, sobald das politisch möglich ist – und dafür müssen wir im Gespräch mit der russischen Regierung und den russischen Ölkonzernen bleiben. Wer enteignen will und zugleich immer härtere Sanktionen fordert, wie es Die Linke und andere tun, der verbaut der PCK damit jede langfristige Perspektive. Denn dann gibt es womöglich nie wieder russisches Öl für Schwedt.

Zweitens: Kreative Lösungen für die Übergangszeit.

Es gibt bereits Vorbilder. In Indien hat die staatliche UCO Bank – eine Bank mit geringer Auslandspräsenz – die Zahlungsabwicklung für den sanktionierten Ölkonzern Nayara Energy übernommen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Ein ähnliches Modell wäre auch hier denkbar: Eine deutsche oder europäische Gesellschaft könnte für den Bezug von US-basierten Dienstleistungen – IT-Systeme, Bezahlssysteme – zwischengeschaltet werden und diese der Raffinerie weiterverkaufen, um Sekundärsanktionen zu umgehen.³⁶

Drittens: Zurückweisung der US-Sanktionen.

Kein Verkauf kritischer Energieinfrastruktur an Unternehmen aus Ländern, die uns erpressen. Keine weiteren TanQuid-Deals, bei denen Trump-Vertraute deutsche Tanklager und Pipelines kontrollieren. Auch dass ein US-Konzern die Nord Stream Gas-Pipelines übernimmt, wie es öffentlich schon mal diskutiert wurde, muss man in diesem Zusammenhang klar zurückweisen. Stattdessen: mehr Eigenständigkeit. Nicht nur in Sonntagsreden, sondern in der Praxis. Hier hat die Bundesregierung bislang nicht nur kläglich versagt, sondern jeden noch so zaghaften Emanzipationsversuch anderer europäischer Partnerstaaten hintertrieben – wie beispielsweise im Zollstreit zwischen den USA und der EU.

Viertens: Rückkehr zu russischem Öl.

Sobald die politischen Voraussetzungen es erlauben, muss russisches Öl wieder durch die Druschba-Pipeline fließen. Es ist die günstigste, effizienteste und bewährteste

³⁴ <https://www.wiwo.de/politik/europa/transatlantischer-zollstreit-eu-parlament-stimmt-handelsdeal-mit-usa-zu/100211997.html>

³⁵ <https://howtheyvote.eu/votes/189333> & <https://howtheyvote.eu/votes/189313>

³⁶ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-09-15/india-s-uco-gets-approval-to-work-with-sanctioned-refiner-nayara>

Versorgungsrouten für die PCK. Alles andere – das haben die letzten drei Jahre bewiesen – ist teurer, unsicherer und gefährdet den Standort.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,

die Menschen in Schwedt und der Uckermark haben ein Recht auf eine ehrliche Politik. Sie haben ein Recht zu erfahren, warum ihr Arbeitsplatz gefährdet ist – und wer davon profitiert.

Was wir in den letzten drei Jahren erlebt haben, ist keine kluge Sicherheits- und Energiepolitik. Es ist die Unterwerfung unter fremde Interessen – auf Kosten unserer Arbeitsplätze, unserer Energiesicherheit und unserer wirtschaftlichen Zukunft.

Die BSW-Fraktion steht für einen anderen Weg: Für Vernunft statt Ideologie. Für Eigenständigkeit statt Abhängigkeit. Für die Interessen der Menschen in Brandenburg – nicht für die Profite amerikanischer Ölkonzerne. Das hatten wir mit unserem wichtigen Antrag im Januar im Landtag deutlich gemacht und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.